

NBank Günther-Wagner-Allee 12 – 16 30177 Hannover

Gemeinde Südheide
Herr Mark Winkelmann
Am Markt 3
29320 Südheide

Gemeinde Südheide		
Eing.: 02. Dez. 2025		
I	II	III

Hannover, 27. November 2025
Energie- und Ressourceneffizienz

Antrags-Nr. ZW12 87045459
(bitte stets angeben)

Sebrina Rocksin
Telefon: 0511 30031-9941
Telefax: 0511 30031-9268
sebrina.rocksin@nbank.de

*Einweisungsschild zum Vorgang i. F. B III
gegeben 02.12.2025*



Niedersachsen

Bewilligungsbescheid

Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

Programmgebiet Übergangsregion (ÜR); Förderperiode 2021-2027

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Klimaschutz und Energieeffizienz bei Unternehmen, bei öffentlichen Trägern und Kultureinrichtungen - 2.1.1 Investitionen in die energetische, über den gesetzlichen Standard hinausgehende Sanierung von Nichtwohngebäuden

Guten Tag,

auf Ihren Antrag vom 27.02.2025 bewilligen wir Ihnen zur Durchführung des Projekts

„Energetische Sanierung Dorfgemeinschafts- u. Feuerwehrrätehaus Weesen“

eine Zuwendung als nicht rückzahlbaren Zuschuss bis zur Höhe von

1.076.749,94 Euro.

Die Bewilligung der Höhe der Zuwendung ergeht unter dem Vorbehalt der endgültigen Festsetzung. Die endgültige Festsetzung der Höhe der Zuwendung bleibt einem späteren Bescheid (Schlussbescheid) vorbehalten, der die vorläufige Festsetzung ersetzt und insoweit möglicherweise anders lautet. Die Zuwendung verringert sich insbesondere dann, wenn sich die für die Zweckbestimmung veranschlagten Gesamtausgaben (zuwendungsfähige Ausgaben) ermäßigen, sich die Deckungsmittel erhöhen oder neue Deckungsmittel hinzutreten. Im Falle einer Reduzierung der Zuwendung sind zu viel ausgezahlte Fördermittel (nebst Zinsen) zurückzuzahlen.

Die Zuwendung stellt eine Beihilfe gemäß Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.6.2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU Nr. L 187 S. 1, Nr. L 283 S. 65), in der Fassung der Verordnung (EU) 2023/1315 der



Kommission vom 23. 6. 2023 (ABl. EU Nr. L 167 S. 1) – Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung dar.

Das Projekt ist nach Art. 107 AGVO freigestellt.

Die Zuwendung wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) - Programmgebiet Übergangsregion (ÜR) und Mittel des Landes Niedersachsen zur Verfügung gestellt.

Die Gesamtzuwendung beträgt bei den EFRE-Mitteln 59,999999610 % und bei den Mitteln des Landes Niedersachsen 9,999999935 % der zuwendungsfähigen Ausgaben in Höhe von 1.538.214,21 Euro.

Wir gewähren Ihnen eine Zuwendung als Projektförderung in Form der Anteilfinanzierung.

1 Zweckbestimmung, Zweckbindungs- und Bewilligungszeitraum

1.1 Zweckbestimmung

Zuwendungszweck ist energetische Sanierung von Nichtwohngebäuden zum Zwecke der CO₂-Einsparung. Die Umsetzung erfolgt durch folgendes Projekt:

„Energetische Sanierung Dorfgemeinschafts- u. Feuerwehrgerätehaus Weesen“.

Die uns vorgelegte Prognose Stand 21.11.2025 und die Projektbeschreibung, die mit Schreiben vom 27.02.2025 vorgelegt wurde, werden für verbindlich erklärt.

Die Zuwendung ist zweckgebunden und ausschließlich für die Durchführung dieses Projekts zu verwenden.

1.2 Bewilligungszeitraum

Der Bewilligungszeitraum beginnt am 27.11.2025 und endet am 31.12.2026.

Ausgaben für Leistungen, die vor Beginn des Bewilligungszeitraumes erbracht worden sind, sind grundsätzlich nicht zuwendungsfähig.

Bei Baumaßnahmen sind Ausgaben für vorbereitende Planungsleistungen, welche vor Beginn des Bewilligungszeitraumes getätigt wurden, zuwendungsfähig, sofern diese nach dem 01.01.2021 entstanden sind/gezahlt worden sind.

In begründeten Ausnahmefällen kann der Bewilligungszeitraum nach Maßgabe der förder- und haushaltsrechtlichen Bestimmungen verlängert werden. Hierzu ist vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes ein schriftlicher Antrag mindestens in Textform zu stellen.

1.3 Zweckbindungszeitraum und Dauerhaftigkeit des Vorhabens

Die mit Hilfe der Zuwendung erworbenen oder hergestellten Gegenstände sind an den Zuwendungszweck gebunden (sog. Zweckbindungszeitraum, Ziffer 4 ANBest EFRE/ESF+) d.h. Sie dürfen vor Ablauf der nachstehend genannten Dauer nicht anderweitig über den geförderten Gegenstand



verfügen. Ihre Zweckbindungsfrist beträgt 12 Jahre.

Während der Zweckbindungsfrist ist die dauerhafte Nutzungsfähigkeit des Projekts auf eigene Kosten durch laufende Betreuung, regelmäßige Reinigung, Instandhaltung und ggf. Erneuerung sicherzustellen.

Bereits nach 5 Jahren muss die Dauerhaftigkeit Ihres Vorhabens nachgewiesen werden (Art. 65 Abs 1 VO (EU) 2021/1060).

Die Zweckbindung und die Dauerhaftigkeit des Vorhabens beginnen am Tag nach der letzten Auszahlung von Fördermitteln durch die NBank.

2 Nebenbestimmungen

Spätestens mit der 1. Mittelanforderung ist die als Anlage beigefügte „Selbsterklärung im Zusammenhang mit EU-Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und Belarus“ einzureichen.

Es gelten die allgemeinen Nebenbestimmungen der ANBest-EFRE/ESF+, auf welche wir besonders aufmerksam machen, sofern nicht nachfolgend abweichende oder ergänzende Regelungen getroffen sind:

– Bei der Vergabe von Aufträgen ist Ziffer 3 der ANBest-EFRE/ESF+ zu beachten.

Bitte berücksichtigen Sie, dass die Benennung konkreter Auftragnehmer in den Antragsunterlagen Sie nicht von der Durchführung eines ordnungsgemäßen Vergabeverfahrens befreit.

Verstöße gegen die Auflage zur Vergabe von Aufträgen können dazu führen, dass Ausgaben aus dem betroffenen Auftragsverhältnis nicht förderfähig sind.

Interessenkonflikte sind zu vermeiden. Auf Seiten des Auftraggebers dürfen Personen nicht am Vergabeverfahren mitwirken, die sich in einem Interessenkonflikt befinden. Werden Aufträge nach EU-Vergaberecht (Oberschwelle) vergeben, ist eine Erklärung über das Nichtvorliegen eines Interessenskonfliktes einzureichen.

Darüber hinaus ist das 5. Sanktionspaket der EU gegen Russland und insbesondere das Zuschlagsverbot für Bewerber/Bieter, die einen Bezug zu Russland aufweisen, zu beachten (Art. 5k der Verordnung EU 2022/576). Werden Aufträge nach EU-Vergaberecht (Oberschwelle) vergeben, ist eine entsprechende Erklärung über die Einhaltung des Verbotes einzureichen.

Die vorgenannten Erklärungen sowie Informationen und Hilfestellungen zur Vergabe von Aufträgen, auch für private Auftraggeber, entnehmen Sie bitte unserer Internetseite www.nbank.de.

- Die Nummer 8.7 Sätze 1 und 3 der VV zu § 44 Haushaltsordnung des Landes Niedersachsen (LHO) finden keine Anwendung (entsprechend VV-Gk).
- Die im Zuge dieses Projektes geförderten baulichen Anlagen, Maschinen und sonstige Einrichtungen sind gegen Brand, Sturm und sonstige Schäden, auch gegen solche unter eigenem Risiko, ausreichend zu versichern. Ausreichend bedeutet, dass derwendungszweck auf Dauer gesichert sein muss und ggf. erforderliche, mindestens gleichwertige Ersatzinvestitionen durch die Versicherungssumme abgedeckt werden. Die dauerhafte Nutzungsfähigkeit der geförderten Wirtschaftsgüter ist für die Dauer der Zweckbindung sicherzustellen.

Zudem sind Sie zur Einhaltung der EU-Grundrechtecharta verpflichtet. Bei Kenntnisnahme der NBank von einem gerichtlich festgestellten Verstoß gegen die EU-Grundrechtecharta behält sich



die NBank den Widerruf dieses Bewilligungsbescheides vor.

Nach § 49 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) ist bei Verstoß gegen diese Nebenbestimmungen ein Widerruf des Bescheides möglich.

3 Finanzierung

Die Zuwendung wird gewährt auf Grundlage des folgenden Ausgaben- und Finanzierungsplans und ist zur anteiligen Finanzierung der im Folgenden angegebenen zuwendungsfähigen Ausgaben des oben genannten Projekts zu verwenden.

Ausgabenplan - Antragsnummer 87045459

Ausgabengruppen	Zuwendungsfähige Ausgaben in Euro (brutto)	Nicht zuwendungsfähige Ausgaben in Euro (brutto)	Gesamtausgaben in Euro (brutto)
Restkostenpauschale	100.630,84	0,00	100.630,84
Bauausgaben	1.116.013,37	655.376,54	1.771.389,91
Baunebenkosten	321.570,00	20.000,00	341.570,00
Gesamt	1.538.214,21	675.376,54	2.213.590,75

Der abgestimmte Kosten- und Finanzierungsplan vom 21.11.2025 ist Basis des hier aufgeführten Kosten- und Finanzierungsplans. Es sind nur die Kosten für den Bestandsbau zuwendungsfähig.

Finanzierungsplan- Antragsnummer 87045459

	Euro
Kommunale Mittel/Eigenmittel	1.136.840,81
MU - Landesmittel	153.821,42
EFRE-Übergangsregion	922.928,52
Summe	2.213.590,75

4 Auszahlung und Nachweis der Verwendung

4.1 Mittelanforderung

Mittelanforderungen sind für jede Antragsnummer quartalsweise, mindestens jedoch einmal jährlich, zu stellen.

Wir empfehlen, die Zuwendung jeweils zeitnah abzurufen. Mittelanforderungen unter 5.000,00 Euro werden grundsätzlich nicht bearbeitet, es sei denn, es handelt sich um die Schlussabrechnung.

Die erste Auszahlung kann erst nach Prüfung der von Ihnen noch zu erfüllenden Nebenbestimmungen vorgenommen werden (siehe Ziffer 2 - Nebenbestimmungen). Wir weisen darauf hin, dass der regelmäßige Mittelabfluss zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Abrechnung Ihres Projektes erforderlich ist und in die Beurteilung des Projekterfolges einfließt.

Die Mittel müssen über das Kundenportal mit dem Formular „Mittelanforderung“ abgerufen werden. In diesem Formular ist auch ein Projektstatusbericht abzugeben. Hier erläutern Sie bitte kurz und



knapp den Projektstand.

Bei der Erstellung einer Mittelanforderung sind die Ziffern 6.1 bis 6.5 der ANBest-EFRE/ESF+ zu berücksichtigen.

Werden von Ihnen im Rahmen einer Mittelanforderung Ausgaben geltend gemacht, bei denen Vergabevorschriften zu beachten waren, haben Sie uns die entsprechenden Vergabeunterlagen zur Prüfung mit einzureichen. Bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen sind Interessenkonflikte im Sinne des § 6 VgV sowie § 4 UVgO zwingend zu vermeiden. Dies gilt für die Vergabe von Bauleistungen entsprechend. Personen, die ein direktes oder indirektes finanzielles, wirtschaftliches oder persönliches Interesse haben, dürfen nicht am Vergabeverfahren mitwirken. Ferner wird vermutet, dass ein Interessenkonflikt besteht, wenn juristische oder natürliche Personen auf Auftraggeberseite selbst gleichzeitig Bewerber / Bieter sind, insbesondere bei einem solchen beschäftigt bzw. für diese tätig sind oder dies beratend bzw. sonst unterstützend / vertretend erfolgt. Gleiches gilt für Personen, deren Angehörige wie zuvor genannt handeln.

Für sämtliche Aufträge, die den jeweils geltenden EU-Schwellenwert erreichen oder überschreiten, ist die Einhaltung über die Vermeidung von Interessenkonflikten zusätzlich durch eine unterschriebene Erklärung zu bestätigen.

Mit der Mittelanforderung sind die elektronischen Duplikate der Originalbelege über das Kundenportal der NBank vorzulegen. (Ziffer 6.3 ANBest-EFRE/ESF+) Wir weisen bereits jetzt darauf hin, dass in Einzelfällen Zahlflussnachweise (Kontoauszüge bzw. Auszüge aus dem Onlinebankingsystem) auf Anforderung einzureichen sind.

Wir weisen darauf hin, dass Ihre Zahlungen jeweils nach Ausgabengruppen untergliedert, aufgestellt und projektbezogen verbucht werden müssen. Das betrifft sowohl die Mittelanforderung als auch den nach Abschluss Ihres Projektes aufzustellenden Verwendungsnachweis. Sie haben daher entsprechende Konten in Ihrer Buchhaltung einzurichten oder einen geeigneten Buchführungscode zu verwenden.

Zusätzlich sind die entsprechenden Regelungen zur Einreichung der Nachweise unter Ziffer 5 „Informations- und Kommunikationspflichten“ zu beachten.

Die Auszahlung der Zuwendung kann erst erfolgen, wenn der Bewilligungsbescheid bestandskräftig geworden ist. Sie können die Bestandskraft herbeiführen und damit **eine Mittelanforderung über das Kundenportal der NBank stellen**, wenn Sie durch Rückgabe der beigelegten Erklärung auf einen Rechtsbehelf verzichten.

4.2 Nachweis der Verwendung

Ist der Zuwendungszweck nicht bis zum Ende eines Haushaltsjahres erfüllt und werden bis zum Ende des gleichen Haushaltsjahres keine Haushaltsmittel abgerufen, ist binnen zwei Monaten nach dem Ende des Haushaltsjahres ein Zwischennachweis einzureichen. Der Zwischennachweis besteht aus einem Sachbericht zum Sachstand der Projektumsetzung. In diesem Sachbericht ist darzulegen, wie sich die Projektumsetzung im Vergleich zur Planung entwickelt hat. Der Zwischennachweis ist zum 28.02. des Folgejahres einzureichen.

Der Verwendungsnachweis besteht aus einem zahlenmäßigen Nachweis sowie einem Sachbericht und ist innerhalb von drei Monaten nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, spätestens jedoch drei Monate nach Ende des Bewilligungszeitraumes vorzulegen. Im Übrigen verweisen wir auf die



Regelung der Ziffer 7 der ANBest-EFRE/ESF+

Ihr Verwendungsnachweis ist demnach spätestens am 31.03.2027 bei der NBank einzureichen.

Sollte das Projekt vor Ende des Bewilligungszeitraumes abgebrochen werden, ist der Verwendungsnachweis unverzüglich vorzulegen.

Die entsprechenden Vordrucke (Verwendungsnachweis/Mittelanforderung) werden von der NBank zur Verfügung gestellt und sind in der aktuellen Fassung zu verwenden. Sie finden diese im Kundenportal der NBank.

Zusätzlich sind die entsprechenden Regelungen zur Einreichung der Nachweise unter Ziffer 5 „Informations- und Kommunikationspflichten“ zu beachten.

5 Informations- und Kommunikationspflichten

Sie sind verpflichtet, die Öffentlichkeit über die aus dem EFRE erhaltende Unterstützung zu unterrichten (Artikel 50 Verordnung (EU) 2021/1060).

Gemäß diesem Artikel sind Sie dazu verpflichtet:

- das beigelegte Hinweisschild an einer projektbezogenen und für die Öffentlichkeit gut sichtbaren Stelle anzubringen. Dieses Hinweisschild ist von Ihnen innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt anzubringen.

Zum Nachweis der Erfüllung Ihrer Informations- und Kommunikationspflicht ist ein Foto des aufgehängten Hinweisschildes einzureichen, das sowohl das Hinweisschild selbst als auch die Umgebung des aufgehängten Hinweisschildes zeigt.

Bei Vorhandensein einer Website und/oder Social-Media-Kanälen sind auf diesen jeweils eine Beschreibung des Projekts einzustellen. Zudem ist während des Bewilligungszeitraums die festgelegte EU-Niedersachsen-Logokombination auf der Website bzw. auf den Social-Media-Kanälen deutlich sichtbar darzustellen.

Sofern Sie ein weiteres eigenes Schild aufstellen, sind die Gestaltungsvorgaben gemäß Anhang IX der Verordnung (EU) 2021/1060 sowie des „Design Guide Europa für Niedersachsen“ einzuhalten. Das Schild hat das EU-Emblem mit dem Hinweis „Kofinanziert von der Europäischen Union“ bzw. die EU-Niedersachsen-Logokombination aufzuweisen. Die entsprechenden Logos können Sie als Digitalvorlage auf unserer Internetseite www.nbank.de herunterladen.

Spätestens zum 27.02.2026 ist von Ihnen entweder mit einer in dieser Zeit gestellten Mittelanforderung oder separat, sofern Sie bis zu dem o. g. Zeitpunkt keine Mittelanforderung stellen möchten, ein Foto des aufgehängten Hinweisschildes, das die Umgebung des Hinweisschildes erkennen lässt und zum Nachweis der Website bzw. der Social-Media-Kanäle jeweils ein Screenshot der Website/der Social-Media-Kanäle mit dem dargestellten EU-Emblem bzw. der EU-Niedersachsen-Logokombinationen und der auf der Internetpräsenz und/oder der Social-Media-Präsenz eingestellten Beschreibung des Projekts einzureichen. Sofern zu diesem Zeitpunkt bereits Projektflyer oder weitere projektbezogene Dokumente/Unterlagen/Vorlagen gedruckt wurden, sind auch diese einzureichen.

Eine Auszahlung von Fördermitteln kann erst erfolgen, wenn die Informations- und Kommunikationspflichten hinsichtlich des Hinweisschildes, der Website, der Social-Media-Kanäle und der



Beschreibung zum Projekt von der NBank geprüft worden sind.

Weiterhin sind alle mit dem Projekt in Verbindung stehenden Unterlagen und jede Form der Öffentlichkeitsarbeit mit dem EU-Emblem und nebenstehend mit dem Hinweis „Kofinanziert von der Europäischen Union“ bzw. mit der EU-Niedersachsen-Logokombination zu versehen.

Bei allen Informations- und Kommunikationsmaßnahmen sind die Gestaltungsvorgaben gemäß Anhang IX der Verordnung (EU) 2021/1060 sowie des „Design Guide Europa für Niedersachsen“ einzuhalten.

Sofern Sie den Informations- und Kommunikationspflichten nicht nachkommen, werden die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben um bis zu 3 % gekürzt. Die Finanzierung wird entsprechend angepasst.

Weitere Informationen zu den Informations- und Kommunikationspflichten und dem Umgang mit allen zum Projekt in Verbindung stehenden Unterlagen finden Sie im gleichnamigen Leitfaden unter www.nbank.de auf der Förderprogrammseite.

6 Aufbewahrungsfristen/Monitoring

6.1 Aufbewahrungsfristen

Sämtliche Belege sind nach Artikel 82 Abs. 1 der VO (EU) 2021/1060 für einen Zeitraum von **fünf Jahren** ab dem 31. Dezember des Jahres, in dem Sie die letzte Zahlung von der NBank für dieses Projekt erhalten in digitaler Form projektbezogen aufzubewahren und für Prüfungen bereitzustellen. Welche Belege von der Aufbewahrungsfrist betroffen sind, ist in Ziffer 7.6 der ANBest-EFRE/ESF+ geregelt. Hier sind ebenfalls die Anforderungen an eine elektronische Belegaufbewahrung geregelt. In dem Schlussbescheid zum Verwendungsnachweis wird Ihnen ein genaues Datum der Aufbewahrungsfrist mitgeteilt.

Sämtliche Belege sind in digitaler Form projektbezogen aufzubewahren und für Prüfungen bereitzustellen. Die Aufbewahrungsfrist endet ein Jahr nach Ablauf der Zweckbindungsfrist. Welche Belege von der Aufbewahrungsfrist betroffen sind, ist in Ziffer 7.6 der ANBest-EFRE/ESF+ geregelt. In dem Schlussbescheid zum Verwendungsnachweis wird Ihnen ein genaues Datum der Aufbewahrungsfrist mitgeteilt.

Pflichten zur Einhaltung von Aufbewahrungsfristen, die sich aus anderen Vorschriften ergeben, werden von dieser Bestimmung nicht berührt und sind ebenfalls zu beachten.

6.2 Monitoring

Entsprechend Ziffer 10 der ANBest-EFRE/ESF+ sind Sie verpflichtet, an der notwendigen Datenerhebung für die Erfolgskontrolle und das Berichtswesen gegenüber der Europäischen Union mitzuwirken. Dies umfasst einerseits die Datenpflege im Kundenportal der NBank und andererseits die aktive Teilnahme an Evaluierungen, durch von der Verwaltungsbehörde beauftragte Institutionen.

Für das Monitoring ist das Kundenportal der NBank zu nutzen.



7 Hinweise und Rechtliche Grundlagen

7.1 Hinweise

Alle in diesem Bewilligungsbescheid genannten Formulare, rechtlichen Grundlagen und weiterführenden Informationen zur Förderung finden Sie im Kundenportal und auf unserer Internetseite www.nbank.de.

Der Bewilligungsbescheid ersetzt nicht die sonst notwendigen Genehmigungen.

Auf die Einhaltung der bereichsübergreifenden Grundsätze aus Artikel 9 der Verordnung (EU) 2021/1060 „die EU-Grundrechtecharta“, „die Gleichstellung von Frauen und Männern, die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung und die Einbeziehung einer Geschlechterperspektive“, „die Nichtdiskriminierung aufgrund Geschlecht, Rasse und ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Alter, sexueller Orientierung oder Behinderung“ und „die Berücksichtigung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, das Pariser Klimaabkommen sowie den Grundsatz „der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ (Do no significant harm principle (DNSH))“ sowie „Gute Arbeit“ als eigenes Querschnittsziel des Landes Niedersachsen in Anlehnung an die Bundesrat-Drucksache 343/13 ist bei der Projektdurchführung zu achten. Bitte beachten Sie dazu auch den Leitfaden EU-Querschnittsziele auf der Webseite der NBank unter www.nbank.de.

Die relevanten Daten Ihres Projektes werden im Einklang mit Art. 9 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. 6. 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU Nr. L 187 S. 1, Nr. L 283 S. 65) durch die Verordnung (EU) 2023/1315 der Kommission vom 23. 6. 2023 (ABl. EU Nr. L 167 S. 1) in der Beihilfetransparenzdatenbank der Europäischen Kommission veröffentlicht.

Mitteilung an die Finanzbehörden

Zur Erfüllung der NBank obliegenden steuerlichen Mitteilungspflichten erfolgt die Verarbeitung der personenbezogenen Daten nach Art. 6 Absatz 1 Buchstabe c, Absatz 2, Absatz 3 Buchstabe b DSGVO in Verbindung mit §§ 5 Absatz 2, 6 Absatz 2 NBankG in Verbindung mit § 93 Abgabenordnung, §§ 2 und 4 Mitteilungsverordnung in der Fassung vom 01.01.2025 (MV), § 93a Abgabenordnung (AO).

Danach hat die NBank geleistete Zahlungen bzw. Verwaltungsakte und öffentlich-rechtliche Verträge den Finanzbehörden mit den entsprechenden Informationen aus § 93c Absatz 1 Nr. 2 AO (anordnende Stelle, Firma bzw. Namen, Anschrift, Steuernummer bzw. Steuer-ID, bei Privatpersonen Geburtsdatum) sowie aus § 8 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 bzw. 2 MV (Grund der Zahlung, Art des der Zahlung zugrundeliegenden Anspruchs, Höhe der Zahlung, Zeitraum oder Zeitpunkt, für den die Zahlung gewährt wird, Datum der Zahlung oder Zahlungsanordnung, Bankverbindung, Gegenstand und Umfang der gewährten Leistung) zu übermitteln. Liegt eine der Ausnahmen gemäß §§ 1, 2, 7 MV, §§ 93a, 93c AO vor, erfolgt keine Mitteilung an die Finanzbehörden.

Der Bewilligungsbescheid kann widerrufen und die Höhe der Zuwendung kann neu festgesetzt, bereits ausgezahlte Beträge können zurückgefordert oder ihre weitere Verwendung kann untersagt werden oder die Auszahlung weiterer Beträge kann gesperrt werden, wenn ein Verstoß gegen die von der EU erlassenen Verordnungen (Sanktionsmaßnahmen) gegen Russland und Belarus festgestellt wird.



7.2 Rechtliche Grundlagen

Neben Ihrem Antrag vom 27.02.2025 sowie den dort benannten Unterlagen sind nachfolgende Rechts- und Verwaltungsvorschriften Grundlage dieses Bewilligungsbescheides:

- Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (ABl. EU Nr. L 231 vom 30. Juni 2021, S. 159)
- Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24.6.2021 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds (ABl. EU Nr. L 231 S. 60)
- Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. 6. 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU Nr. L 187 S. 1, Nr. L 283 S. 65), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2023/1315 der Kommission vom 23. 6. 2023 (ABl. EU Nr. L 167 S. 1), Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
- § 264 Strafgesetzbuch (StGB)
- §§ 3-5 Subventionsgesetz (SubvG)
- §§ 23, 44 Haushaltsordnung des Landes Niedersachsen (LHO) und die dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften (VV-LHO)
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Klimaschutz und Energieeffizienz bei Unternehmen, bei öffentlichen Trägern und Kultureinrichtungen

Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung ANBest-EFRE/ESF+ sind zu beachten. Sie stehen auf unserer Internetseite www.nbank.de zur Verfügung.

Die vorgenannten Rechts- und Verwaltungsvorschriften gelten in ihrer zum Zeitpunkt der Bewilligung gültigen Fassung als verbindliche Grundlage für die Durchführung Ihres Projekts.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach dessen Bekanntgabe Widerspruch bei der Investitions- und Förderbank Niedersachsen - NBank, Günther-Wagner-Allee 12-16, 30177 Hannover, erhoben werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Die Erhebung des Widerspruchs mit einfacher E-Mail ist nicht zulässig. Es gelten besondere Formvorschriften (§ 70 VwGO).

Das Widerspruchsverfahren kann gem. § 1 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes kostenpflichtig sein.



Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir wünschen Ihrem Projekt einen erfolgreichen Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen


Evdoxia Nalmpanti-Sattler


Sebrina Rocksin

Anlage(n):

- Erklärung zum Rechtsbehelfsverzicht



Investitions- und Förderbank
Niedersachsen - NBank
Sebrina Rocksinn
Günther-Wagner-Allee 12-16
30177 Hannover

ZW12 87045459

Antragsnummer

Gemeinde Südheide, Am Markt 3, 29320 Südheide

zuwendungsempfangende Person/Einrichtung, Straße, PLZ, Ort

Erklärung zum Rechtsbehelfsverzicht

Hiermit erkläre ich, dass ich mit dem Inhalt des mir vorliegenden Bescheids der Investitions- und Förderbank Niedersachsen - NBank

vom 27.11.2025 hier am

--	--

Tag

--	--

Monat

--	--	--	--

Jahr

eingegangen, einverstanden bin und auf die **Einlegung eines Rechtsbehelfs verzichte**. Mir ist bewusst, dass meine Erklärung den endgültigen Verzicht des Rechtsmittels bewirkt und diese Erklärung nicht zurückgenommen werden kann.

Hinweis:

Eine Auszahlung der Zuwendung soll regelmäßig erst dann erfolgen, wenn der Bescheid bestandskräftig geworden ist. Sie können die Bestandskraft Ihres Bescheides jedoch schon jetzt herbeiführen und damit eine mögliche Auszahlung beschleunigen, wenn Sie erklären, dass Sie auf einen Rechtsbehelf verzichten. Bitte beachten Sie, dass diese Erklärung den endgültigen Verlust des Rechtsmittels bewirkt. Dieses führt dazu, dass der Bescheid sofort bestandskräftig und damit unanfechtbar wird. Sie haben damit endgültig keine Möglichkeit mehr, gegen den oben genannten Bescheid rechtlich vorzugehen.

Ort, Datum

Unterschrift der vertretungsbefugten Person, ggf.

Stempel



Investitions- und Förderbank
Niedersachsen - NBank
Sebrina Rocksin
Günther-Wagner-Allee 12-16
30177 Hannover

Selbsterklärung im Zusammenhang mit EU-Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und Belarus

Antragsnummer: ZW12 87045459

Antragsteller: Gemeinde Südheide
Am Markt 3
29320 Südheide

In Reaktion auf die fortgesetzten Angriffe der russischen Streitkräfte in der Ukraine hat die EU mehrere Verordnungen (Sanktionsmaßnahmen) gegen Russland und Belarus erlassen.

Eine Übersicht über die Sanktionsmaßnahmen der EU ist unter folgendem Link aufrufbar: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-response-ukraine-invasion/>

Im Zusammenhang mit den EU-Maßnahmen gegen Russland und Belarus erkläre ich hiermit wahrheitsgemäß, dass ich bzw. das antragstellende Unternehmen:

- die von der EU, in Reaktion auf die fortgesetzten Angriffe der russischen Streitkräfte in der Ukraine, erlassenen Verordnungen (Sanktionsmaßnahmen) gegen Russland und Belarus zur Kenntnis genommen habe und auch zukünftige Sanktionsmaßnahmen zur Kenntnis nehmen werde,
- insbesondere die in den EU-Verordnungen angeordneten Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und Beschränkungen für die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen sowie Ausfuhrbeschränkungen für bestimmte Güter und Technologien, insbesondere auch über die Bereitstellung von Finanzmitteln oder Finanzhilfen, kenne und beachten werde,
- keine Beziehungen geschäftlicher oder privater Art zu den in den vorgenannten EU-Verordnungen gelisteten und damit sanktionierten juristischen und natürlichen Personen unterhalte,
- nicht an Vorgängen zur Umgehung des sanktionsrechtlich statuierten Verbots der Bereitstellung von Ressourcen an die in den vorgenannten EU-Maßnahmen gelisteten und damit sanktionierten juristischen und natürlichen Personen beteiligt bin bzw. ist,



- bei künftigen Leistungen von natürlichen und juristischen Personen in den vorgenannten EU-Maßnahmen,
 - solche Personen, zu denen Beziehungen geschäftlicher oder privater Art gepflegt werden, im Rahmen der bestehenden Mitwirkungspflichten umgehend an die NBank melden werde und
 - keine Beteiligung an den Vorgängen zur Umgehung des sanktionsrechtlich statuierten Verbots der Bereitstellung von Ressourcen an solche Personen erfolgen wird.

(Nachträglich festgestellte) Handlungen entgegen dieser Erklärungen bzw. Falschangaben können aufsichtsrechtlich erforderliche Verdachts- und Sanktionsmeldungen sowie Strafanzeigen durch die NBank an die zuständigen Stellen zur Folge haben.

Des Weiteren können eine Nichtbeachtung bzw. Nichteinhaltung dieser Erklärungen eine Aufhebung des Bewilligungsbescheides bzw. eine Kündigung der Geschäftsbeziehung, die Neufestsetzung der Höhe der Zuwendung, die Rückforderung bereits ausgezahlter Beträge oder die Untersagung ihrer weiteren Verwendung durch die NBank zur Folge haben.

Ort, Datum

Unterschrift / Stempel



Anlage zum Bewilligungsbescheid

Empfehlung zur Sicherung der Klimaverträglichkeit des Vorhabens Energetische Sanierung Dorfgemeinschafts- u. Feuerwehrgerätehaus Weesen

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Klimaschutz und Energieeffizienz bei Unternehmen, bei öffentlichen Trägern und Kultureinrichtungen

Bitte beachten Sie, dass die Klimaverträglichkeitsprüfung ergeben hat, dass für Ihr Vorhaben zukünftig ein mittleres Risiko durch folgende Klimaereignisse vorliegt:

- Hitze
- Überschwemmung/Starkregen

Die NBank empfiehlt deshalb die Beobachtung dieses Klimaereignisses sowie die Planung und Umsetzung von geeigneten naturbasierten Anpassungsmaßnahmen wie z. B.

- Grüne Maßnahmen: Diese umfassen die Verbesserung von Begrünung, Verschattung, Versickerung und Luftverhältnissen.
- Blaue Maßnahmen: Diese umfassen die Schaffung von Überflutungsflächen oder Retentionsflächen (z. B. Teiche), um Hochwasserereignisse abzumildern und zur Verbesserung des Stadtklimas beizutragen.
- Weiche Maßnahmen: Diese umfassen z. B. Veränderungen in der Planung des Betriebsablaufs oder Informationen für Personen, welche am Projektstandort tätig sind.

Informationen zur Anpassung an den Klimawandel bieten u.a. das Umweltbundesamt und das Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass) im „Handbuch zur guten Praxis der Anpassung an den Klimawandel“ (www.umweltbundesamt.de).

Dies ist eine Empfehlung und keine Bewilligungsaufgabe.

